

Der Putsch in Chile vor 50 Jahren und die Frage nach der Gefahr von Faschismus hier und heute.

Vor 50 Jahren wurde in Chile mit einem blutigen Militärputsch eine fortschrittliche Regierung gestürzt. Eine Regierung die den Versuch gewagt hatte, gestützt auf Wahlerfolge und unter Beibehaltung der bürgerlich-parlamentarischen Staatsform den Weg zum Sozialismus einzuschlagen. Der Imperialismus insbesondere der USA (aber nicht nur von dort – auch die BRD hatte ihren Anteil daran) errichtete in Chile eine faschistische Diktatur, die bis 1990 andauerte; und die bis heute noch in der chilenischen Gesellschaft nachwirkt.

Durchgesetzt wurde die Errichtung der faschistischen Diktatur mit den Mitteln des chilenischen Militärs und der Geheimpolizei, die hierzu von US-Einrichtungen wie der „School of the Americas“ ausgebildet wurden. Die Putschisten und ihre Henker und Folterer konnten dabei auf ein international eng verwobenes Netzwerk zurückgreifen. Ein Netz aus Geheimdiensten, faschistischen Gruppen und Spezialisten, die ihr Handwerk bereits in der SS oder den französischen Kolonialtruppen erlernt hatten.

Es geht hier nun nicht darum, die Geschichte dieses Putsches und der Diktatur unter General Pinochet eingehender darstellen; diese Geschichte ist im Wesentlichen bekannt und ansonsten sind – auch angesichts des Jahrestags – eine Vielzahl von Beschreibungen und Dokumentationen verfügbar. Mein Thema heute ist der Versuch, unseren Blick zu schärfen darauf, was die Entwicklung in Chile vor 50 Jahren für unsere Einschätzung von Faschismusgefahr bedeutet.

Und da habe ich bereits zwei wesentliche Aussagen in die gerade gegebene kurze Zusammenfassung geschmuggelt. Zwei Aussagen, die natürlich noch zu begründen sein werden.

Die erste besteht darin, dass ich behaupte, es sei eine *faschistische* Diktatur gewesen, die da vor 50 Jahren errichtet wurde. Um das begründen zu können, sollte ich also einen solchen Begriff von Faschismus darstellen, der das ermöglicht – der also insbesondere nicht etwa das Vorhandensein einer faschistischen Massenbewegung als Kriterium voraussetzt, denn eine solche hat es 1973 in Chile nicht gegeben und wurde auch nur unbedeutend in den Jahren der Diktatur hervorgebracht.

Die zweite Aussage beinhaltet, dass ich formuliert habe, es sei der in den USA, in der BRD und weiteren Staaten herrschende *Imperialismus* gewesen, der in Chile die Diktatur errichtet hat. Das hat er nicht direkt gemacht – etwa durch eine militärische Intervention und Besetzung des Landes – sondern unter Rückgriff auf den chilenischen staatlichen Gewaltapparat.

Nun ist es ein leider weit verbreiteter Fehler, die Ursache für etwas durcheinanderzubringen mit den Mitteln, die für diese Sache erforderlich sind. Der Fehler, dies nicht in unserer Analyse sauber auseinanderzuhalten, führt aber regelmäßig zu Unsinn und zu falschen Orientierungen. Die Putschisten waren eben das Mittel, mit dem die Diktatur durchgesetzt wurde. Sie waren nicht dessen Ursache. Ursache der faschistischen Diktatur war – so zumindest die Behauptung in meiner Aussage von eben – der Imperialismus, bzw. genauer: die konkreten Bedingungen und Möglichkeiten der Herrschaftsausübung des Imperialismus. Das soll nun ein wenig weiter ausgeführt werden.

Marxistinnen und Marxisten sind bestrebt (oder sie sollten es zumindest sein!), gesellschaftliche Erscheinungen und geschichtliche Entwicklungen nicht als das Wirken großer Männer zu deuten (auch nicht großer Frauen). Sie sind ebenso wenig als Ausdruck einer Idee zu interpretieren. Marxisten bemühen sich, gesellschaftliche Erscheinungen und geschichtliche Entwicklungen als das Ergebnis des Ringens um die Durchsetzung von Interessen zu verstehen. Im Manifest haben Marx und Engels dies

mit der Feststellung betont, dass die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft „die Geschichte von Klassenkämpfen“ sei.

Und nur auf dieser Basis macht es überhaupt Sinn, wenn wir danach fragen, ob der faschistische Putsch in Chile uns Einsichten über die Faschismusgefahr heute vermitteln kann. Denn die Akteure von damals – die „großen Männer“ – sind meist tot und falls nicht spielen sie jedenfalls keine vergleichbare Rolle mehr. Und die Ideen? Die Putschisten beriefen sich auf den Antikommunismus. Den gibt es zwar immer noch, aber er nimmt hier doch ganz andere Formen an als beim Sturz der sozialistischen Allende-Regierung. Ansonsten war es mit den „Ideen“ der Putschisten eh nicht weit her. In den hiesigen Diskussionen um Faschismus wird – m.E. fälschlicherweise – dem Thema Ideologie zwar zu meist eine entscheidende Rolle zugemessen. Chile ist aber jedenfalls ein Beispiel dafür, dass der Übergang zu einer faschistischen Herrschaftsform und auch deren Durchsetzung weitgehend ohne ideologisches Blendwerk vollzogen werden kann. Insbesondere hat die Pinochet-Diktatur auf jegliche soziale oder gar sozialistische Demagogie verzichtet, sondern war der Exerzierplatz eines marktradikalen Neoliberalismus und hat das auch durchaus offen ausgesprochen.

Wir wollen also die Ursache von Faschismus nicht bei den „großen Männern“ oder der Verführungskraft der Ideologie suchen, sondern bei objektiven Interessen – Klasseninteressen – und bei den spezifischen Bedingungen, unter denen um deren Durchsetzung gekämpft wird. Demnach müssen wir nun also zum einen den klassenmäßigen Inhalt dieser Interessen bestimmen und zum anderen die besonderen Bedingungen erklären, die dann die faschistische Form hervorrufen, in der diese Inhalte durchgesetzt werden.

1939 formulierte Max Horkheimer: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Darauf hinzuweisen, dass ein Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus besteht, ist angesichts eines vielfach auf ideologische Abwege gekommenen Antifaschismus gerade heute wichtig. Aber diese Feststellung ist nicht ausreichend. Nicht zuletzt auch an Horkheimers Frankfurter Institut für Sozialforschung zeigt sich, dass es sehr wohl möglich ist, vom Kapitalismus zwar zu sprechen, aber dennoch am Faschismus höchstens Begleiterscheinungen wahrzunehmen. Der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus ist entweder genau zu analysieren und zu erklären, oder es bleibt die bloße Behauptung irgendeines Zusammenhangs, die dem antifaschistischen Kampf keine orientierenden Einsichten vermitteln kann und höchstens zur Propaganda brauchbar ist.

Kommen wir also zurück auf die objektiven Interessen, die den Boden abgeben, aus dem die Faschismusgefahr erwächst: Die in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Klasse der Kapitaleigentümer ist naturgemäß daran interessiert, dass ihr Kapital sich verwertet; dass der Prozess der – wie Marx es nennt – Plusmacherei funktioniert. Damit er funktioniert, dazu dient die bürgerliche Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln, das Vorhandensein eines Marktes für Waren aller Art – einschließlich der besonderen Ware Arbeitskraft, und die Unterdrückung aller Operationen, die diese Voraussetzungen der kapitalistischen Plusmacherei vereiteln würden. Jeder bürgerliche Staat, egal wie er verfasst ist, muss dies gewährleisten. Und er kann das gewährleisten sowohl in Form einer Monarchie, als auch bei parlamentarisch-liberaler Verfasstheit, als auch im Faschismus.

Es wäre allerdings verfehlt, lediglich im Profit-machen den Inhalt des kapitalistischen Klasseninteresses zu sehen. Hier mag die Motivlage des individuellen Kapitalisten begründet sein. Wenn wir aber nicht das Einzelinteresse des Kapitalisten, sondern das übergreifende Interesse der ganzen Kapitalistenklasse betrachten, dann gehört dazu in erster Linie die Aufrechterhaltung der eigenen Klassenherrschaft – also die ständige Reproduktion und Erweiterung der Existenzbedingungen dieser Klassenherrschaft. Hierfür ist die Bourgeoisie sogar bereit, wenn nötig, auf einen Teil ihres Profits zu verzichten. Und hierfür schafft sie sich einen Staat, der dieses allgemeine Interesse der Kapitalistenklasse

auch dann durchsetzt, wenn einzelne Vertreter dieser Klasse zum Verzicht auf ihre individuellen Interessen nicht bereit sind. Wenn wir vom Boden sprechen, aus dem die Faschismusgefahr erwächst, dann geht es um ein solches allgemeines Klasseninteresse.

Worauf bezieht sich nun in der gegenwärtigen Epoche das allgemeine Interesse der herrschenden Klasse? Marxistinnen und Marxisten gehen davon aus, dass mit der fortschreitenden Entwicklung – auch des Kapitalismus – der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte wächst; dass also die Produktivkräfte in zunehmendem Umfang sich so entwickeln, dass sie in ihrem Nutzen und ihrer Funktionsweise immer mehr auf einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang angewiesen sind. (Als grobe Illustration: Ein Hammer ist ein Produktionsmittel, welches im Arbeitsprozess eines einzelnen Menschen mit einem Werkstück in Einsatz gebracht wird. Das Internet stellt als Technologie auch ein Produktionsmittel dar. Aber damit das wirksam eingesetzt werden kann setzt es – teilweise weltweit verteilte – gesellschaftliche Kooperationsprozesse voraus.) Die fortschreitende Entwicklung der Produktionsmittel bringt einen stets wachsenden gesellschaftlichen Charakter dieser Produktionsmittel mit sich. Die kapitalismuskonforme Antwort darauf ist die Herausbildung des Monopolkapitalismus. Dieser bringt – auf Grundlage des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte – nun ein eigenes Klasseninteresse hervor: Nämlich das Bedürfnis, dass nicht nur die Produktionsprozesse in den Unternehmen, sondern dass auch alle anderen Kooperationsprozesse in der Gesellschaft so geformt sind, dass sie den Interessen der Monopole dienlich sind. Soll heißen: Alle sollen in der Gesellschaft am gleichen Strang ziehen, und zwar in der Richtung, die vom Monopolkapital diktiert wird. Lenin kennzeichnet diese Entwicklung in seiner Imperialismus-Studie, wenn er von der Finanzoligarchie spricht, „die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt“.

Der Monopolkapitalismus bringt also dieses spezifische Klasseninteresse hervor. D.h. er darf seine Herrschaft nicht mehr nur auf den Bereich des kapitalistischen Betriebs und der dort bewerkstelligten Mehrwertproduktion beschränken; also auf den Bereich, wo er qua Direktionsrecht das Zusammenspiel der einzelnen Arbeitstätigkeiten unter sein Kommando dirigieren kann. Seine Herrschaft muss vielmehr weitere Bereiche der Gesellschaft erfassen und zu steuern in der Lage sein. Und tendenziell muss er über alle Kooperationsprozesse herrschen, aus denen das gesellschaftliche Funktionsgefüge besteht; muss ihnen seinen Willen, seine Zielsetzungen aufprägen können.

Damit ist der spezifische Inhalt der monopolkapitalistischen Herrschaft beschrieben. Diese Herrschaft unterliegt aber ebenso spezifischen Bedingungen und ist mit einem grundlegenden Widerspruch behaftet, dem sie nicht entrinnen kann: Die Ziele und Zwecke, auf die hin das Monopolkapital die gesellschaftlichen Kooperationsprozesse ausrichten muss, das sind seine Ziele und Zwecke. Sie gehorchen den Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie. D.h. es sind nicht die Interessen derjenigen, die doch fleißig „am Strang ziehen sollen“, nicht die Interessen derjenigen, auf deren Kooperation es ankommt. Schlimmer noch – die Interessen derjenigen, die kooperieren sollen, werden regelmäßig verletzt durch die Durchsetzung der monopolkapitalistischen Klasseninteressen. Ein Dilemma. Ein Widerspruch, der konsequent nur dann aufzuheben wäre, wenn durch die Zusammenarbeit tatsächlich die objektiven Interessen der Zusammenarbeitenden verwirklicht würden. Das wäre dann aber eine andere Gesellschaftsformation. Eine, in welcher das Wohlergehen und der Nutzen der Gesellschaftsglieder und der Gesellschaft als Ganzes als Richtschnur dient, an dem die Kooperationsprozesse sich planvoll ausrichten können. Das wäre dann Sozialismus und kein Kapitalismus mehr. Das bedeutet aber: Das Dilemma der monopolkapitalistischen Klassenherrschaft, die ganze Gesellschaft zur Kooperation bewegen zu müssen, dabei aber Ziele zu verfolgen, die den Interessen der Kooperierenden widersprechen – dieser Widerspruch bleibt im Rahmen des Kapitalismus prinzipiell unlösbar.

Leider wird nun die Kapitalistenklasse aber – auch dann nicht, wenn wir uns noch so viel Mühe geben, ihnen dies geduldig immer wieder zu erklären – daraus den Schluss ziehen, sich mit einem „ok- dann eben nicht“ Platz zu machen und abzutreten. Weil das für sie keine Option ist, sind sie daher dazu gezwungen, ihr Klasseninteresse auch unter den Bedingungen dieses für sie unlösbaren Dilemmas weiter zu verfolgen. Wie aber machen sie das?

Gewöhnlich wird ihr Klasseninteresse auf dem Weg umgesetzt, dass die Beherrschten davon überzeugt werden, das, was am Ende jenes Strangs, den sie ziehen sollen, hervorgebracht wird, entspräche ihren Interessen. Das bedeutet, ihr subjektives Interessenbewusstsein wird verfälscht: „Wenn's Krupp gut geht, dann geht es uns allen gut.“ oder „Unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt.“ Dergestalt sind die Inhalte der monopolkapitalistischen Integrationsideologien, mit denen das Bewusstsein der Beherrschten manipuliert wird. Wenn das mit ausreichendem Erfolg geschieht, dann lässt sich die Herrschaft des Monopolkapitalismus im Rahmen parlamentarisch-liberal verfasster Staatsformen realisieren.

Die Integrationsmechanismen der monopolkapitalistischen Herrschaft werden jedoch naturgemäß auch bei noch so viel Aufwand zur Bewusstseinsmanipulation das Entstehen von Unzufriedenheit und Protest nicht dauerhaft verhindern können. Denn gerade wo sie erfolgreich sind, werden mit ihrer Hilfe die objektiven Interessen der Bevölkerungsmehrheit verletzt und diese ständige Verletzung lässt sich nicht dauerhaft und vollständig durch Demagogie und Propaganda überdecken. („You can't fool all the people all the time“) Die Integrationsmechanismen rufen also selber stets auch Prozesse der Desintegration hervor.

Was aber, wenn nun die Mechanismen der Bewusstseinsmanipulation und des demokratischen Scheins dieser Herrschaftsform nicht mehr ausreichen, um die Ziele zu gewährleisten, die von den Monopolen gerade als unverzichtbar eingestuft werden? Dann wird das gemeinsame Ziehen am Strang mit Gewalt erzwungen; und das heißt nichts anderes, als dass dann der Wechsel von der bürgerlich-demokratischen Staatsform zur faschistischen Form der Herrschaft ansteht.

Ob dieser Wechsel dann möglich ist und gelingt, hängt wieder von Bedingungen ab, die wir erkennen können. Bedingungen, die wir klar erkennen und bestimmen müssen, wenn wir über eine antifaschistische Strategie nachdenken. Darauf komme ich gleich nochmal zurück.

Doch zuvor nochmal ein Blick auf die bis hierhin dargestellte Erklärung der Ursachen des Faschismus aus den spezifischen Interessen und Bedingungen monopolkapitalistischer Klassenherrschaft und warum wir gerade bei einer Veranstaltung aus Anlass des Jahrestags des Putschs in Chile darauf eingehen:

Der faschistische Putsch in Chile vor 50 Jahren und die mit ihm errichtete Diktatur markieren eine Zäsur. Nicht nur die von manchen gehegte Hoffnung wurde zerstört, ein Staat, seine Institutionen und sein Machtapparat könnte – wenn nur ausreichende parlamentarische Mehrheiten errungen werden – dem Sozialismus ebenso dienlich sein, wie sie für den Kapitalismus dienlich sind, für den dieser Staat doch geschaffen wurde. Nicht nur diese Hoffnung wurde zerstört, auch eine bestimmte, von übersteigertem Optimismus geprägte Sicht auf historische Entwicklungen, die aus den Erfolgen der Oktoberrevolution, des Aufbaus der osteuropäischen Volksrepubliken nach dem 2. Weltkrieg, der Erringung der Unabhängigkeit vieler ehemals vom Kolonialismus unterdrückter Länder, die Auffassung entwickelte, der Imperialismus sei bereits in einer Defensive, aus der er sich nicht mehr lösen könne – auch diese Fehleinschätzung wurde 1973 widerlegt. In dieser historischen Hinsicht kann der Putsch in Chile uns heute als so etwas wie das Vorspiel zur Konterrevolution von 1989/90 erscheinen.

Wegen der Gefahr, den Imperialismus zu unterschätzen und zu meinen, es gäbe doch irgendeinen Weg, sich mit ihm zu arrangieren – deswegen, und keineswegs nur aus propagandistischen Motiven, spielt es eine Rolle, ob wir den Putsch in Chile als Errichtung von Faschismus begreifen. Auch abseits propagandistischer Ziele ist es wichtig, unser Faschismusverständnis am Beispiel Chiles zu erhärten. Das liegt daran, dass in Chile der Faschismus sich ohne einige der Attribute etablierte, die beispielsweise den deutschen Faschismus begleitet haben und die – wenn ihnen eine für den Faschismus charakteristische Bedeutung zugesprochen wird – regelmäßig zu falschen Urteilen und schließlich zu Fehlorientierungen im antifaschistischen Kampf führen. Und nicht zufällig haben diese Fehleinschätzungen immer etwas mit der Unterschätzung des Imperialismus zu tun.

Eines dieser Attribute, welches in den Debatten einen prominenten Platz einnimmt, habe ich bereits erwähnt: Das Vorhandensein einer faschistischen Massenbasis. Der deutsche und auch der italienische Faschismus wurden unter Verwendung einer faschistischen Massenbasis errichtet. Doch schon für die faschistischen Diktaturen in Spanien, in Portugal oder auch 1967 in Griechenland war dies nicht der Fall, sondern dort war jeweils das Militär der entscheidende Machtfaktor, mittels dem die Diktatur errichtet wurde. (Wir sollten uns allerdings die Trennung dieser beiden Machtmittel nicht als ein stets absolutes Entweder/Oder vorstellen: In einigen Fällen, wo das Militär ausschlaggebend war – z.B. in Spanien – wurde zur weiteren Absicherung der faschistischen Herrschaft auch eine entsprechende Massenbasis herangezogen; während andersherum auch in Deutschland und Italien, wo die faschistische Massenbewegung im Vordergrund stand, das Militär trotzdem keineswegs unbeteiligt war.)

Der Fehler aller Theorien, die eine vorhandene Massenbasis zum vermeintlich charakteristischen Kriterium für Faschismus erklären, zeigt sich dort, wo sie dann Ursachen und Bedingungen verwechseln. Eine faschistische Massenbasis kann eines der Mittel sein (das andere ist eben das Militär), um den Übergang zum Faschismus machttechnisch durchzusetzen. Die Ursache liegt aber nicht bei diesen Mitteln, sondern die Ursache liegt in den Klasseninteressen derjenigen, die aufgrund ihrer Interessen und der Möglichkeiten, diese durchzusetzen, zu dem Schluss kommen, diese Mittel einsetzen zu müssen und zur faschistischen Form ihrer Herrschaft überzugehen.

Woraus speist sich nun diese Verwechslung bei denjenigen, die eine faschistisch aufgeladene Bewegung zum Angelpunkt der Faschismusgefahr erklären? Meines Erachtens verhindert auch hier die Unterschätzung des Imperialismus eine bessere Einsicht. Man möchte nicht sehen, dass die Herrschaft des Monopolkapitalismus die Wurzel ist, die – solange sie nicht vernichtet ist – keinen Platz lässt für den Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit, und keinen Platz für eine Welt ohne Faschismus. Weil man das nicht sehen möchte, sucht man nach einem anderen Faktor, der den Faschismus hervorbringt. Einem Faktor, der so böse und schrecklich ist, dass erst durch ihn der Kapitalismus dann eine faschistische Herrschaftsform erhält. Als dieser Faktor wird die faschistische Bewegung, ihre Ideologie, und der autoritäre Charakter ihrer Anhänger, ausgemacht. Demgegenüber gilt es festzuhalten: Das System des Monopolkapitalismus schafft bereits die ganze Basis, in der die Faschismusgefahr angelegt ist. Es bedarf nichts, was außerhalb dieser Basis hervorgebracht wird, um Faschismus entstehen zu lassen.

Um nun nicht in Verdacht zu kommen, einem plumpen Ableiten der Erscheinungen des politischen Überbaus aus der ökonomischen Basis das Wort reden zu wollen, sei betont, dass es natürlich keineswegs reicht, lediglich die Basis des Monopolkapitalismus zu betrachten. Der Faschismus ist eine politische Erscheinung und gehört dem Überbau über dieser Basis an. Politische Kräfteverhältnisse, auch die Bedeutung ideologischer Prozesse für diese Kräfteverhältnisse – all das ist von Belang. Politik und Ideologie bewegen sich in einer relativen Selbständigkeit gegenüber ihrer Basis. Aber den Spielraum, den sie haben und den sie brauchen, mit diesem Spielraum erfüllen sie schließlich eine Funktion. Und

der Zweck, zu dem Politik und Ideologie fungieren, bleibt gebunden an die Klasseninteressen, die in der Basis angelegt sind.

Auf dem Boden des marxistischen Faschismusverständnisses lassen sich daher auch Einsichten in den Charakter und die Quellen der faschistischen Bewegungen und ihrer Ideologien gewinnen.

Für jetzt kommt es mir aber darauf an, den Punkt verständlich gemacht zu haben, den wir m.E. auch aus dem Beispiel des faschistischen Putschs in Chile gewinnen können: Dass nämlich die Herrschaft des Monopolkapitalismus den Grund darstellt, auf dem Faschismus entsteht. Genauer: dass die Ursache der Faschismusgefahr besteht in den spezifischen Interessen der Monopolbourgeoisie und den spezifischen Bedingungen, unter denen diese Interessen durchgesetzt werden müssen.

Nach dieser Feststellung ist es schnell getan, die Frage aus der Ankündigung dieser Veranstaltung, ob es eine faschistische Gefahr gibt, zu beantworten: Ja, es gibt sie! Da die Herrschaft des Monopolkapitalismus hier nicht überwunden ist und sich an den besonderen Widersprüchen, von denen diese Herrschaft getrieben ist, auch nichts geändert hat, kann sich diese Gesellschaft, in

der wir leben, auf die abschüssige Bahn hin zur erneuten Errichtung einer faschistischen Diktatur begeben. Mehr noch: Ich bin der Meinung, sie kann sich nicht nur auf diese Bahn begeben, sondern wir befinden uns schon dort und die Entwicklung nimmt Fahrt auf. Mir geht es dabei nicht um Alarmismus. Aber die Selbstgenügsamkeit und Ignoranz, mit der große Teile der linken und antifaschistischen Bewegungen meinen, sich auf Felder nebensächlichen Auseinandersetzungen beschränken zu dürfen, sich mit dem Fortbestand der monopolkapitalistischen Herrschaft aber bis auf Weiteres arrangieren zu können – diese Selbstgenügsamkeit ist unangebracht. Sie ist verantwortungslos!

Wir erleben einen sich beschleunigenden reaktionären Staatsumbau mit neuen Polizei- und Versammlungsgesetzen, mit einem stetigen Ausbau des Repressionsapparats und einer Propaganda, die die gesellschaftliche Akzeptanz der Einschränkungen demokratischer Rechte fördern soll. All das sind Bestandteile der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung. Und diese Rechtsentwicklung ist mit der Tendenz behaftet, sich selber weiterzutreiben und so die Fahrt auf der abschüssigen Bahn zu forcieren.

Exkurs: Charakter und Quellen faschistischer Bewegungen.

Unzufriedenheit und der Protest entzündeten sich an den objektiven Wirkungen der Monopolherrschaft. Die Ideen, mit denen die Menschen sich die Gründe ihrer Unzufriedenheit erklären, sind demgegenüber aber vielfältig und müssen keineswegs den realen Ursachen entsprechen. Es ist vielmehr einleuchtend, wenn die zuvor in die Köpfe gehämmerten Integrationsideologien dort weiter wirksam sind. Sie erzeugen zwar nicht mehr die subjektive Bereitschaft, die Durchsetzung eigener Interessen zugunsten des gemeinsamen Ziehens am Strang hintanzustellen. Aber all das, was die Integrationsideologien darüber vermittelt haben, was und wer dem „Gemeinwohl“ entgegensteht, ist deswegen ja noch nicht verschwunden. Und die Integrationsideologien haben vermittelt, dass unser aller Wohlergehen durch egoistisch streikende Arbeiter gefährdet wird, durch fremde Mächte bedroht wird, durch arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger zunichte gemacht wird und zudem auch durch all jene, die mit übertriebenen humanitären oder rechtsstaatlichen Bedenken die gemeinsamen Anstrengungen zur Durchsetzung des „Gemeinwohls“ behindern.

Wie kann sich nun ein solcher Protest gegen die bestehenden Zustände äußern? Indem er einfordert, dass nun endlich mal Schluss gemacht wird mit der falschen Rücksichtnahme auf solche Bedenken und radikal durchgegriffen wird gegen all diese Feinde des Gemeinwohls!

Wir haben nun zwei Faktoren: Erstens ein Protestpotential, welches durch die objektive Herrschaftspraxis des Monopolkapitals stets erneut erzeugt wird. Also ein für den Kapitalismus naturgegebener Prozess. Und als zweiten Faktor die Integrationsideologien, die für das Funktionieren der bürgerlich-demokratischen Form monopolkapitalistischer Herrschaft sorgen. Die Kombination dieser beiden Faktoren bringt das hervor, was wir als Massenpotential faschistischer Bewegungen wahrnehmen.

Droht diese Entwicklung? Ja! Ist sie daher unvermeidlich? Nein! Die demokratischen Kräfte – und damit meine ich alle, deren objektiven Interessen sich mit den Interessen des Monopolkapitals nicht vereinbaren lassen – haben die Chance, diesen Weg zum Faschismus zu verlegen. Dazu ist es allerdings – auch das will ich sagen – vollkommen unzureichend, sich alleine auf die Bekämpfung der AfD zu verlegen. Notwendig ist es vielmehr, den Kampf um wirkliche Interessen der Bevölkerungsmehrheit anzufachen. Es ist notwendig, den Kampf gegen sämtliche Elemente der Rechtsentwicklung aufzunehmen und dabei eine solche Kraft zu bilden, dass der Monopolbourgeoisie weder eine faschistische Massenbewegung zur Verfügung steht, noch dass ihnen das Militär und der staatliche Sicherheitsapparat weiterhin als zuverlässiger Exekutor für den Übergang zur faschistischen Herrschaftsform erscheint. Ich räume allerdings ein, dass wir Grund haben, zu zweifeln, ob uns das noch gelingen kann. Jedenfalls ist der Abstand zu dem, was für einen Erfolg notwendig ist, noch sehr groß. Aber wir haben ja keine andere Option, als diesen Kampf aufzunehmen, endlich die verantwortungslose Selbstgenügsamkeit der linken, antifaschistischen Bewegung zu beenden und mit klaren Orientierungen für einen Antifaschismus zu kämpfen, der sich seiner Aufgaben und seiner Verantwortung bewusst ist.